

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

231. Sitzung

Berlin, Freitag, den 3. Juli 2009

Inhalt:

| | | | |
|---|---------|---|---------|
| Ablauf der Fragestunde | 26097 A | Tagesordnungspunkt 65: | |
| Weitere Plenarsitzungen in der 16. Legislaturperiode | 26097 B | Große Anfrage der Abgeordneten Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: | |
| Begrüßung des Parlamentspräsidenten der Republik Finnland, Herrn Sauli Niinistö | 26111 A | Achtung der Grundrechte | |
| | | (Drucksachen 16/7271, 16/10469) | 26113 A |
| Tagesordnungspunkt 64: | | Gisela Piltz (FDP) | 26113 A |
| – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz) | 26097 B | Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU) | 26115 A |
| (Drucksachen 16/12852, 16/13666) | | Petra Pau (DIE LINKE) | 26117 B |
| – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz) | 26097 B | Dr. Carl-Christian Dressel (SPD) | 26119 B |
| (Drucksachen 16/13106, 16/13666) | | Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) | 26120 D |
| Lothar Binding (Heidelberg) (SPD) | 26097 D | Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) | 26122 C |
| Dr. Volker Wissing (FDP) | 26100 A | Dr. Max Stadler (FDP) | 26124 A |
| Eduard Oswald (CDU/CSU) | 26101 D | Christoph Strässer (SPD) | 26125 A |
| Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) | 26103 C | Jörg Tauss (fraktionslos) | 26126 C |
| Christine Scheel (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) | 26105 B | Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) | 26127 A |
| Peer Steinbrück, Bundesminister BMF | 26106 D | Daniela Raab (CDU/CSU) | 26128 A |
| Frank Schäffler (FDP) | 26108 D | Dr. Max Stadler (FDP) | 26129 B |
| Manfred Kolbe (CDU/CSU) | 26109 B | Daniela Raab (CDU/CSU) | 26129 D |
| Otto Bernhardt (CDU/CSU) | 26114 B | Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär BMJ | 26130 B |
| | | Tagesordnungspunkt 66: | |
| | | a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Fortentwicklung der | |

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Um es zusammenfassend zu sagen: Sehr viele Staaten sind inzwischen bereit, sich nach den OECD-Standards zu verhalten. Wir sind gespannt, ob sie das wirklich tun. Wenn sie es tun, dann hat das Gesetz sein Ziel zu 100 Prozent erreicht.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Volker Wissing ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Besten Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Ziel, Steuerhinterziehung entschlossen zu bekämpfen, sind wir uns alle einig;

(Gabriele Frechen [SPD]: Seit wann denn Sie? Seit wann die FDP? – Thomas Oppermann [SPD]: Das ist ein Paradigmenwechsel! – Weiterer Zuruf von der SPD: Oh! Mal etwas ganz Neues!)

darüber brauchen wir nicht lange zu diskutieren. Die Frage ist nur: Was ist mit dem, was uns heute konkret vorgelegt wurde? Lassen Sie uns den vorliegenden Gesetzentwurf einmal bewerten.

- (B) Ein wesentliches Kriterium für die Bewertung eines Gesetzentwurfs ist, ob das Handeln der Bundesregierung verhältnismäßig ist.

(Thomas Oppermann [SPD]: Ob es verhältnismäßig ist, wenn man Steuern zahlt?)

– Die Frage ist: Ist das verhältnismäßig? – Schaut man sich den vorliegenden Gesetzentwurf an, stellt man fest: Er ist nicht erforderlich – zur Begründung hat Herr Binding schon einen wesentlichen Beitrag geleistet –, er ist nicht geeignet, das formulierte Ziel zu erreichen, und er ist erst recht nicht angemessen.

Ihr Gesetzentwurf ist ungeeignet, das Problem der Steuerhinterziehung zu lösen. Sie wollen nämlich, dass die Vorgaben aus Art. 26 des OECD-Musterabkommens eingehalten werden; das ist auch vernünftig. Dafür belasten Sie die Steuerzahler allerdings mit **Informationspflichten**, und das, obwohl die Umsetzung von OECD-Abkommen nun wirklich nicht in den Händen der Steuerzahler, sondern ausschließlich in den Händen ausländischer Regierungen liegt.

Ihr Gesetzentwurf ist auch nicht erforderlich. Sie haben es schon deutlich gesagt: Er zeigt schon Wirkungen, obwohl er noch gar nicht umgesetzt ist.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Aber Sie wollen ja selbst diesen Gesetzentwurf nicht!)

Ich wiederhole: Er ist nicht erforderlich. Denn inzwischen haben die betreffenden Staaten die Ratifizierung der OECD-Standards zugesagt. Es gibt keinen Staat mehr, der auf der sogenannten Schwarzen Liste steht. Ihr

Gesetzentwurf geht damit ins Leere. Unnötige Gesetze braucht in diesem Land kein Mensch. (C)

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn man den Gesetzentwurf auf Angemessenheit überprüft, sehen Sie schlecht aus. Denn andere Staaten, etwa die USA, haben das Problem der Steuerhinterziehung ohne Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lösen können, indem sie sich schlicht und einfach mit den betroffenen Staaten verständigt haben. Es ist doch unangemessen, wenn eine Regierung die eigenen Schwächen, die sie bei Verhandlungen mit anderen Staaten offenbart, zu einem Problem der Bürgerinnen und Bürger ihres Landes macht. Genau das tun Sie, indem Sie von unbescholtenen Bürgern einen Nachweis verlangen, dass sie nichts Verbotenes vorhaben, wenn sie ihr Geld im Ausland investieren.

(Joachim Poß [SPD]: Welche Sympathien haben Sie eigentlich für Steuerhinterzieher? – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Keine!)

– Es wäre wirklich sinnvoll, wenn wir zumindest am Ende dieser Legislaturperiode einmal sachlich über ein Thema, das die Finanzpolitik betrifft, diskutieren könnten. Aber eine sachliche Debatte ist mit der SPD schon lange nicht mehr möglich, lieber Herr Poß.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Pflicht nehmen, weil Sie fürchten, dass es Peer Steinbrück nicht gelingen könnte, andere Staaten von der **Einhaltung der OECD-Standards** zu überzeugen. Das ist wirklich bemerkenswert. Vor dem Hintergrund, dass er nicht gerade als Diplomat aufgetreten ist, kann man das sicherlich nachvollziehen. (D)

(Simone Violka [SPD]: Aber er war erfolgreich!)

Seine einzigartigen Beschimpfungen anderer Staaten muteten wirklich befremdlich an.

So wichtig die Bekämpfung der Steuerhinterziehung als internationale Aufgabe auch ist: Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt eine nationale Aufgabe. Die Ursachen der ruinierten deutschen Staatsfinanzen liegen nicht in der Schweiz und nicht in Luxemburg.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Auch! Denn das Geld, das dort hinterzogen wird, fehlt auch hier!)

Die Hauptursache ist – neben der jahrelang erfolglosen Haushalts- und Finanzpolitik der Großen Koalition – Ihr konfuse Krisenmanagement in dieser schwerwiegenden Finanzmarktkrise.

(Beifall bei der FDP)

Das dürfen wir, auch wenn wir heute über viele andere wichtige Themen diskutieren, nicht vergessen.

Es heißt so schön: Der Zweck heiligt die Mittel. Aber ein unstrittiges Anliegen wie die Bekämpfung der Steuerhinterziehung rechtfertigt nicht, unverhältnismäßige Gesetzentwürfe zu verabschieden, mit denen der Staat

Dr. Volker Wissing

- (A) unnötigerweise in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift. Für Sie, Herr Steinbrück, ist ein Steuerhinterzieher jeder Bürger, solange er nicht das Gegenteil beweist. Das ist der Blick, den Sie auf unsere Gesellschaft haben. Genau diese Sichtweise teilt die FDP nicht.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Verfassung schreibt vor, dass wir keine überflüssigen Gesetze auf den Weg bringen dürfen, durch die die Bürgerinnen und Bürger belastet werden. Ausgerechnet in der Finanzpolitik gehen Sie aber gerne auf Konfrontationskurs zu unserer Verfassung. Wenn es um Geld geht, sehen Sie in **bürgerlichen Freiheiten** einen Akt der Großzügigkeit des Staates, aber längst keine Grundrechte mehr.

(Thomas Oppermann [SPD]: Es gibt aber kein Grundrecht auf Steuerhinterziehung!)

Bürgerliche Freiheiten sind allerdings kein Anhängsel der Verfassung. Sie sind die Legitimation unseres demokratischen Gemeinwesens. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen nicht zuletzt deshalb exorbitant hohe Steuern und Abgaben, weil der Staat ihnen ein Leben in Freiheit und Wohlstand gewährleisten soll. Weil Sie die Freiheit aber zunehmend einschränken und Ihre überbordende Staatsverschuldung den Wohlstand unserer Gesellschaft längst gefährdet, haben Sie unser Land in eine unerträgliche Schieflage gebracht.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Wenn Sie meinen, den Menschen in dieser Situation weitere Steuererhöhungen zumuten zu können, dann wird es Zeit, dass dieser Irrweg beendet wird. Es ist gut, dass wir heute die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages unter einer Großen Koalition erleben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Binding hat schon gesagt: Es ist erstaunlich, dass das Thema Steuerhinterziehung so spät auf die Tagesordnung kommt. Das ist eine bemerkenswerte Selbstkritik, Herr Binding; denn die SPD stellt seit elf Jahren den Bundesfinanzminister.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Mit dem Einwand konnte man rechnen!)

Oskar Lafontaine hat die Bekämpfung der Steuerhinterziehung nicht nach vorne gebracht, und auch Hans Eichel hat sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

(Joachim Poß [SPD]: Wir haben in Europa hart verhandelt!)

Jetzt, kurz vor dem Wahlkampf, wollen Sie mit einem Scheingesetz, mit einem Schaugesetz Punkte machen. Substanziell haben Sie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in Deutschland aber nichts beigetragen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist vollkommen legitim, wenn der Staat die Einnahmeseite ausschöpfen möchte. Konsequenterweise ist eine Finanzpolitik aber nur dann, wenn man die Ausgaben-seite mit dem gleichen Engagement angeht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

(C)

Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie, Herr Steinbrück, im Kabinett jemals einem Kollegen oder einer Kollegin mit der Peitsche oder mit der Kavallerie gedroht hätten. Eine solche Drohung im Kabinett hätte, denke ich, mehr Steuergelder gespart, als Ihre Verbalattacke gegenüber der Schweiz gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Nach elf Jahren SPD-Finanzpolitik sind die **Staatsfinanzen** in einem desolateren Zustand als je zuvor. Dabei haben Sie – leider ohne Erfolg – viel versucht, um Ihre Finanzprobleme in den Griff zu bekommen: Sie haben die größten Steuererhöhungen in der Geschichte unseres Landes durchgeboxt. Sie haben bürgerliche Freiheitsrechte massiv beschnitten, ja, sie mit Füßen getreten. Sie haben die Verfassung bis an die Grenzen des Zulässigen gedehnt, ja, Sie haben sie sogar gebrochen; ich erinnere an Ihre Gesetzgebung zur Pendlerpauschale.

Nur eines haben Sie nicht getan: Sie haben nicht gespart. Deshalb ist dieser Finanzminister in Wahrheit grandios gescheitert. Neben einem desolaten Steuersystem mit exorbitanter Steuerlast

(Joachim Poß [SPD]: Nehmen Sie einmal die internationalen Zahlen zur Kenntnis! – Weiterer Zuruf von der SPD: Die Steuerquote ist unterdurchschnittlich!)

steht heute ein desolater Bundeshaushalt, nicht nur wegen mangelnder Einsparungen, sondern insbesondere wegen einer desolaten Finanzaufsicht, die nicht verhindert hat, dass für Bankenspekulationen jetzt die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen müssen. Gut, dass die Ära sozialdemokratischer Finanzpolitik bald beendet sein wird. Leider werden wir die Schulden, die Sie hinterlassen, noch Jahrzehnte tragen müssen.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Eduard Oswald, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Eduard Oswald (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Volker Wissing, ich werde mich jetzt mit dem Gesetz beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sie haben versucht, einen Rundumschlag zu machen, um die Zeit noch einmal für sich zu nützen.

Ich glaube, die Beratungen im Finanzausschuss haben gezeigt, dass sich alle Fraktionen im Grundsatz einig sind. Der Satz „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt“ ist hier ja mittlerweile ins Allgemeingut eingegangen. Wer seine Steuerschuld nicht bezahlt oder sich um die Steuer herumdrückt, beteiligt sich nicht an der